

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - FuG/025(V)/11			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag,  22.11.2011	Beimszimmer	17:00Uhr	19:12Uhr

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 25.10.2011
- 4 Beschlussvorlagen
- 5 Anträge
  - 5.1 Haushaltsplan 2012 DS0455/11
    - Haushaltssatzung 2012
    - Ergebnis- und Finanzplan 2012
    - mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2012 - 2015
    - Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne 2012
    - Stellenplan 2012
  - 5.2 Maßnahmen gegen häusliche Gewalt A0141/11
    - 5.2.1 Maßnahmen gegen häusliche Gewalt S0254/11

5.3	Teilnahme am Förderprogramm STARK III	A0126/11
5.3.1	Teilnahme am Förderprogramm STARK III	S0249/11
5.4	Spielplatz Stormstraße	A0091/11
5.4.1	Spielplatz Stormstraße	S0204/11
6	Informationen	
6.1	Bericht der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) - Stand 2010 I0203/11	
7	Verschiedenes	

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Stadtrat Oliver Müller

**Mitglieder des Gremiums**

Stadträtin Steffi Meyer

Stadtrat Lothar Tietge

Stadtrat Gerhard Häusler

Stadtrat Torsten Hans

Stadtrat Thorsten Giefers

**Sachkundige Einwohner/innen**

Sachkundige Einwohnerin Michaela Froberg

Sachkundige Einwohnerin Claudia Fund

**Geschäftsführung**

Amtsleiterin Heike Ponitka

Frau Natalie Schoof

**Abwesend**

Stadtrat Jens Ansorge

Sachkundiger Einwohner Christian

Hausmann

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Stadtrat Müller begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er fragt nach, ob die Anwesenden grundsätzlich damit einverstanden sind, wenn ab sofort die Sitzungen des Ausschusses für Familie und Gleichstellung mit einem Diktiergerät aufgezeichnet werden, um damit eine optimale Protokollierung zu unterstützen.

Abstimmung: 4-0-0

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Stadtrat Müller informiert darüber, dass zum TOP 5.2. ein Änderungsantrag gestellt wurde. Er schlägt vor, diesen mit auf die TO zu setzen.

Des Weiteren erklärt er, dass er von Herrn Krüger, FB-Leiter Schule, Sport, telefonisch darüber informiert wurde, dass der der Antrag zum Thema STARK III im BSS-Ausschuss verschoben wurde. Er schlägt deshalb vor, den Antrag in der Folgesitzung zu besprechen.

Stadtrat Giefers wirft ein, dass man trotzdem über den Antrag sprechen kann um zu klären, ob denn auch andere Schulen in Frage für das Förderprogramm kämen.

Stadtrat Müller ist damit einverstanden und lässt den Antrag auf der heutigen TO; eine Beschlussfassung hierzu wird jedoch vertagt.

*Stadträtin Meyer kommt.*

Abstimmung der TO: 4-0-0

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 25.10.2011

---

Genehmigung der Niederschrift: 4-0-1

### 4. Beschlussvorlagen

---

### 5. Anträge

---

- 5.1. Haushaltsplan 2012
- Haushaltssatzung 2012
  - Ergebnis- und Finanzplan 2012
  - mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2012 - 2015
  - Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne 2012
  - Stellenplan 2012
- Vorlage: DS0455/11
- 

Frau Jürgens, FB02, reicht an alle Anwesenden ein Handout aus. Sie erklärt, dass der Haushaltsplan für das nächste Jahr aufgrund der noch unsicher ist, da Einsparungen vorgenommen werden müssen, die das Land vorsieht. Daher habe sie und ihre Kollegen 3 Vergleichsrechnungen aufgestellt:

1. Erträge > Aufwendungen
2. Erträge < Aufwendungen
3. Erträge = Aufwendungen

*Frau Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte, und Frau Fund, sachkundige Einwohnerin, erscheinen.*

Frau Jürgens erklärt, dass sie im Handout mit der 1. Vergleichsrechnung gearbeitet haben, wo ein Plus von ca. 800.000 € wären. Dies ist allerdings unwahrscheinlich. Es ist eher damit zu rechnen, dass uns im Haushaltsjahr 2012 ca. 8 Mio. € fehlen werden und zwar durch den Landesbeschluss, wo Einsparungen vorgesehen sind. In den Anlagen des Haushaltsplanes sind die freiwilligen Zuschüsse aufgeführt, wo gekürzt werden soll, um die notwendigen Einsparungen vorzunehmen inklusive der Eigenbetriebe und den Gesellschaften. Wenn man diese vornehmen würde, könnte man ca. 2,5 Mio. € einsparen. Gespart werden sollen aber 8 Mio. €. Erst, wenn der Beschluss des Landes vorliegt, können sie eine Konsolidierungsdrucksache für den Haushalt 2012 erstellen.

Stadtrat Müller bedankt sich für die Ausführungen.

Stadtrat Giefers fragt nach, ob bei dem Anhang, in dem die Einsparungen aufgeführt sind, nur freie Träger davon betroffen sind oder auch die Verwaltung, die ja ebenfalls freiwillige Leistungen erbringen.

Frau Jürgens erklärt, dass auch freiwillige Leistungen in den Dezernaten z.B. Dezernat 4 oder 5 ebenfalls gekürzt werden. Aber die Liste im Anhang bezieht sich nur auf die freien Träger.

Frau Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte, teilt an alle eine Liste aus, in der die einzelnen Zuschüsse für Vereine vom Amt 16 aufgeführt sind. Viele der Vereine, die Zuschüsse vom Amt 16 erhalten, sind auch politisch sehr engagiert und bieten auch ein großes Programm für viele verschiedene Themen und Menschen an.

Frau Ponitka weist auch noch mal darauf hin, dass bei der Liste mit den Einsparungen nur der kulturelle sowie der soziale Bereich aufgeführt sind. Dies ist nicht tragbar.

Sie teilt auch noch eine Liste aus, mit den Zuschussanträgen der Vereine für das Jahr 2012.

Stadtrat Hans findet die Einsparungen unglaublich. Wenn die Stadt soviel einspart und dadurch viele Einrichtungen schließen muss, hört die Stadt auf, eine Stadt zu sein. Er glaubt nicht an einen positiven Landesbeschluss für das Haushaltsjahr 2012. Um dies eventuell abwenden zu können, muss ein geschlossenes Signal von allen Fraktionen und dem Stadtrat gesetzt werden.

*Frau Frost, FB 23, kommt.*

Stadtrat Giefers sagt, dass der Haushaltsplan nur als Demonstration gesehen werden kann. Es muss eine ernsthafte Prüfung gemacht werden. Es kann nicht nur in einem Bereich gekürzt werden, sondern es muss in allen Bereichen, in allen Haushaltsposten nachgeschaut werden, wo eventuell Kürzungen vorgenommen werden können. Des Weiteren muss geprüft werden, ob

auch wirklich nur freiwillige Leistungen gekürzt werden. Es muss klar definiert werden, von der Verwaltung sowie auch von der Politik, was freiwillige und was Pflichtaufgaben sind. Wenn ein Sparhaushalt kommt, müssen auch alle dazu beitragen.

Stadtrat Hans stimmt Stadtrat Giefers zu, dass eine Liste vorgelegt werden muss, wo die Pflicht sowie auch die freiwilligen Aufgaben aufgeführt sind.

Herr Brüning, Sozialbeigeordneter, erklärt, dass der Haushalt ausgeglichen sein soll. Der Haushaltsplan ist eine Reaktion auf den Landesbeschluss. Obwohl schon eine Konsolidierung vorgenommen wurde, wurde das Geld vom Land für das Jahr 2012 weiter gekürzt. Daher hatte der Stadtrat einen ausgeglichenen Haushalt beschlossen. Die Folgen einer weiteren Konsolidierung müssen berücksichtigt werden, auch für den Haushalt. Er weist darauf hin, dass es wichtig ist, keine Barrikaden aufzubauen, sondern sich sachlich und fachlich damit auseinanderzusetzen. Es muss natürlich auch berücksichtigt werden, was Magdeburg braucht und wie weit man mit der Kürzung gehen darf.

Abstimmung: 0-2-3

## 5.2. Maßnahmen gegen häusliche Gewalt Vorlage: A0141/11

---

Stadtrat Müller liest den Änderungsvortrag des GeSo vor und eröffnet die Diskussion.

Herr Brüning, Sozialbeigeordneter, erklärt, dass eine Stellungnahme vorliegt.

Stadtrat Müller ist bereit, sich den Änderungsantrag anzuschließen. Er ist mit der Verschiebung des Zeitraums auf Juni nächsten Jahres einverstanden. Über die ämterübergreifende Arbeit kann man noch mal reden.

Frau Fund, sachkundige Einwohnerin, ist ebenfalls mit der Verschiebung des Zeitraums einverstanden. Sie erklärt außerdem, dass eine ämterübergreifende Arbeit wichtig ist, um Parallelarbeiten zu vermeiden, aber auch, weil viele Dinge Querschnittsarbeiten sind.

Herr Brüning, Sozialbeigeordneter, sagt aus, dass im Dezernat V bereits ämterübergreifend gearbeitet wird. Es besteht bereits ein Netzwerk, wo auch die Verwaltung mitwirkt. Vierteljährlich wird in der Verwaltung über die Situation *Häusliche Gewalt* informiert.

*Stadtrat Häusler kommt.*

Stadtrat Giefers sagt, dass man sich noch mehr Zusammenarbeit wünscht, vor allem von außen.

Stadtrat Tietge bittet darum, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Frau Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte, erklärt, dass es bereits mehrere Anfragen zu diesem Thema gab. Sie weist darauf hin, dass es bis jetzt auch noch keinen Auftrag zum Präventionskonzept gab. Es gibt zwar viele Maßnahmen, aber diese müssen auch gebündelt werden.

Stadtrat Müller bedankt sich und erzählt, dass es eine E-Mail von einem Mitglied des JuHi erhielt mit der Bitte, dieses Thema in Herrn Brünings AG „Kriminalpräventiver Beirat“ einzubringen.

Herr Brüning, Sozialbeigeordneter, ist damit einverstanden und sichert zu, dieses Thema dort einzubringen.

Frau Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte, erklärt, dass Sie nicht das Präventionskonzept erstellen kann, da das Dezernat V das Fachdezernat ist und damit nicht ignoriert werden kann.

Stadtrat Giefers fragt nach, ob man bei dem Änderungsantrag nicht den Zeitraum unabhängig von der ämterübergreifenden Arbeitsgruppe abstimmen kann.

Stadtrat Müller erklärt, dass dies redaktionell beantragt werden muss.

Abstimmung Änderungsantrag: 5-1-0

Abstimmung Antrag: 5-0-1

#### 5.2.1. Maßnahmen gegen häusliche Gewalt Vorlage: S0254/11

---

#### 5.3. Teilnahme am Förderprogramm STARK III Vorlage: A0126/11

---

Stadtrat Müller fragt nach, warum in der vorliegenden Stellungnahme keine Aussagen zu Sanierungen von Horten und Kitas getroffen werden und allein auf Schulen abgehoben wird. .

Herr Brüning, Sozialbeigeordneter, stimmt dem Antrag zu. Im Sommer wurden die Ziele des Oberbürgermeisters und den Beigeordneten den Stadtrat zugeleitet. Insgesamt wurden schon 20 Schulen saniert. Als nächstes sind die Kita`s geplant, aber man ist sich noch nicht sicher, wie man es am besten machen soll. Von 85 Kitas sind ca. 25 nicht sanierungsbedürftig. Der Investitionsbedarf liegt bei etwa 50 Mio. €. Es muss außerdem noch mit den Trägern wegen der Mitfinanzierung gesprochen werden.

Die Beschlussfassung zum Antrag wird für heute zurückgestellt.

#### 5.3.1. Teilnahme am Förderprogramm STARK III Vorlage: S0249/11

---

#### 5.4. Spielplatz Stormstraße Vorlage: A0091/11

---

Frau Frost, FB 23, erklärt, dass der Vorschlag aus dem Jahr 2003 stammt. Eine Stellungnahme vom Dezernat V wurde eingeholt und die Vermarktung der freien Fläche muss dem Stadtrat noch vorgelegt werden. Laut der Stellungnahme des Dezernates V kann der Rechtsanspruch auf Betreuung erfüllt werden, so dass das Grundstück nicht vorgehalten werden muss. Dies ist aber noch keine Beschlusslage, sonder nur eine inhaltliche Einschätzung.

Stadtrat Hans erklärt, dass es und Stadtrat Giefers sich überlegt haben, diese Fläche als Gemeinbedarfsfläche nutzen zu lassen. Sie sind dafür, dass auf dieser Fläche ein Kita –

Neubau entstehen soll, da für Stadtfeld – Ost kaum Kita - Plätze vorhanden sind. Daher haben er und Stadtrat Giefers einen Antrag in dieser Sache formuliert.

Stadtrat Müller bedankt sich und erklärt, dass das Thema auch schon im JuHi behandelt wurde, wo der Antrag abgelehnt wurde. Er weist darauf hin, dass die Beschlüsse von 2003 bislang – völlig entgegen der vorgelegten Stellungnahme der Verwaltung – nicht aufgehoben wurden. Des Weiteren lehnt er den Antrag ab.

Frau Frost, FB 23, weist des Weiteren noch mal darauf hin, dass mit der Stellungnahme nicht darauf abgestellt wird die geschlossene Spielplatzkonzeption zu ändern, sondern aus den Vermarktungserlös den Spielplatz zu bauen.

Stadtrat Giefers weist noch mal darauf hin, dass aber an dieser Stelle kein Spielplatz vorgesehen ist. Laut der Aussage des Leiters des Jugendamtes sind für 84 Kinder keine Betreuungsplätze vorhanden. Also wäre an dieser Stelle ein Kita-Neubau von sehr wichtiger Bedeutung, da auch die Lage sehr günstig ist. Der Spielplatz, der bereits vorhanden ist, kann ja dann öffentlich gemacht werden, daher auch der Änderungsantrag.

Herr Brüning, Sozialbeigeordneter, sagt, dass die Aussage des Leiters vom Jugendamt so nicht richtig ist. Es haben sich bisher 82 Eltern gemeldet, die über das Kita-Portal keinen Platz finden konnten, das heißt aber nicht, dass keine Plätze vorhanden sind. Im Kita-Portal besteht im Moment noch nicht die Möglichkeit die flexible Betriebserlaubnis der Einrichtungen zu hinterlegen. Im Dezember soll wegen dieser Situation auch noch ein Kita-Gipfel stattfinden.

Abstimmung Änderungsantrag: 4-2-0  
Abstimmung: 4-2-0

#### 5.4.1. Spielplatz Stormstraße Vorlage: S0204/11

---

## 6. Informationen

---

### 6.1. Bericht der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) - Stand 2010 I0203/11

---

Stadtrat Giefers schlägt vor, die Information nur zur Kenntnis zu nehmen oder gezielt zu bestimmten Punkten noch einmal jemand einzuladen, da die Information schon sehr ausführlich im GeSo besprochen wurde.

Frau Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte, weist darauf hin, dass es in der Stadt eine Beratungsstelle gegen Suchtpotenzial gibt. Des Weiteren gibt es 2 Möglichkeiten zur Unterbringung von jungen Müttern mit Kindern, die in einer gefährdeten Situation sind und zwar von der AWO und von Sozialbell. Diese könnte man sich auch mal vor Ort anschauen, wenn Interesse besteht. Sie bittet die Anwesenden sich dieser Thematik zu widmen, vielleicht in der nächsten Sitzung oder im nächsten Jahr.

Herr Brüning, Sozialbeigeordneter, weist formal darauf hin, dass diese Information im Dezernat V erstellt wurde.

Er bittet darum, dass, wenn Themen, die das Dezernat V betreffen noch nachträglich auf der TO mit aufgenommen werden und er oder seine Mitarbeiter sich zu diesem Thema äußern sollen, dieses bitte vorher mit ihm abzusprechen, so wie es auch in der Geschäftsordnung steht.

Stadtrat Müller gibt die Bitte zurück, mit dem Ziel, dass auch der FuG von vornherein bei der Ausweisung der Beratungsfolge durch die Verwaltung entsprechend mit berücksichtigt wird, wenn es darum geht, welche Ausschüsse sich mit bestimmten Themen auseinandersetzen sollen.

## 7. Verschiedenes

---

Frau Diestelberg und Frau Schoof stellen sich kurz vor.

Stadtrat Müller fragt den Sozialbeigeordneten, Herrn Brüning, ob denn schon ein Antrag auf Förderung zum Frauenhaus beim Land gestellt wurde und wie die Situation für 2012 aussieht.

Herr Brüning, Sozialbeigeordneter, erklärt, dass der Antrag gestellt wird und dass dann der Stadtrat entscheidet. Ein Frauenhaus zur Verfügung zu stellen ist keine kommunale Pflichtaufgabe, wie sich bei der Prüfung ergab.

Stadtrat Müller fragt des Weiteren, ob sich Herr Dr. Hennig, Leiter des Gesundheitsamtes, zum Thema gemeinsame Sondersitzung von FuG und GeSo zum Thema AIDS in Magdeburg mit seiner zugesagten Zuarbeit schon geäußert hat?

Herr Brüning, Sozialbeigeordneter, erklärt, dass sich Herr Dr. Hennig bereits mit dem Thema beschäftigt und wird konkret nachfragen.

Stadtrat Müller bedankt sich und erklärt, dass für die Januarsitzung ein neuer Termin gefunden werden muss, da nach Änderung des Sitzungsplans des Stadtrates an diesem Tag die Beschlussfassung zum Thema Haushalt erfolgen wird. Sein Vorschlag ist der 10. Januar 2012. Hierzu wird aber noch gesondert informiert.

Frau Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte, weist auf die Veranstaltung am 25.11.11 „Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen“ hin und teilt auch Flyer für die Veranstaltung „Frauen macht Politik“ aus.

Stadtrat Müller weist ebenfalls noch auf die Veranstaltung am 28.11. „Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt“ hin.

Stadtrat Müller stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.



Oliver Müller  
Vorsitzende/r

Natalie Schoof  
Schriftführer/in